



Interviews

Datum: 24. November 2023

Ricarda Lang, Co-Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, im Gespräch mit Christoph Heinemann

Christoph Heinemann: Guter Rat ist teuer. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes über die verfassungswidrige Haushaltspolitik von SPD, Grünen und FDP sucht die Ampelregierung Geld. Denn seitdem fehlen nicht nur 60 Milliarden Euro im Klimafonds, KTF. Es müssen auch Energiehilfen aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds, WSF, anders finanziert werden. Bundesfinanzminister Lindner kündigte gestern also einen Nachtragshaushalt für 2023 an, ohne Schuldenbremse und mit Notlage. Die Haushaltskrise überschattet auch die Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen, arg gebeutelt durch das Heizungsgesetz. Der einzige Ministerpräsident der Grünen hatte sich bei der Migrationspolitik bei CDU und CSU untergehakt. Winfried Kretschmann kämpft außerdem für den Automobilstandort Deutschland. Franziska Giffey, SPD, in Berlin und CDU-Ministerpräsident Boris Rhein in Hessen hatten sich zuletzt gegen die Grünen als Koalitionspartner entschieden. In Bremen verhakete sich die Partei in der Brötchentaste. Umfragen zufolge halten die Menschen in Deutschland die Klimapolitik inzwischen für nachrangig. Wichtigstes Thema ist die Migration. Und jetzt, wie gesagt, eine selbstverschuldete Haushaltskrise. Und am Telefon ist Ricarda Lang, Co-Vorsitzende der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Bei der letzten Bundestagswahl trat sie im Wahlkreis Backnang – Schwäbisch Gmünd in Baden-Württemberg an, guten Morgen.

Lang: Hallo, guten Morgen.

Heinemann: Frau Lang, warum wird Deutschland von Tricksern regiert?

Lang: Das wird Deutschland zum Glück nicht. Es wird regiert von einer Regierung, der Ampel, die vor zwei Jahren zusammengekommen ist, einen Koalitionsvertrag geschrieben hat, der die verschiedenen Sichten der Parteien zusammenbringt, also unter anderem auch: keine Steuererhöhung bei Erhaltung der Schuldenbremse, aber Investitionsmöglichkeiten und die dann mit multiplen Krisen konfrontiert war, die sich in diesen letzten zwei Jahren ergeben haben, die auch mit neuen Ausgabennotwendigkeiten zusammenhängen und versucht hat, dabei Lösungen zu finden. Jetzt gibt es das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das natürlich ernst genommen wird, das natürlich umgesetzt wird. Und gleichzeitig müssen wir jetzt andere Wege finden, um das zu finanzieren, was wirklich notwendig ist.

Heinemann: Wie nennt man das, wenn eine Regierung sich sehenden Auges nicht an die Verfassung hält?

Lang: Wie gesagt, das war ja nicht so, dass es sehenden Auges war, sondern dass man versucht hat, Möglichkeiten zu finden, wie man in diesem engen Korsett, das der Koalitionsvertrag bietet, die Dinge finanzieren kann, die notwendig sind. Das war damals auch eine Haltung von vielen Ökonomen. Trotzdem muss man sagen, an dieser Stelle ist es natürlich auch Zeit für eine gewisse Demut der Parteien, die die Regierung tragen. Denn wir haben es in den letzten Wochen nicht geschafft, dem Land die Sicherheit zu geben, die es braucht. Umso wichtiger ist es mir jetzt, dass dieses Urteil uns auch dazu verpflichtet, Lösungen zu finden, also Verantwortung zu übernehmen, über den eigenen Schatten zu springen, zusammenzukommen. Und ich kann klar sagen, ich bin davon überzeugt, diese Regierung kann, will und wird das schaffen.

Heinemann: Fachleute hatten die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes erwartet. Warum verfügt diese Regierung über keinen Plan B?

Lang: Wir arbeiten ja gerade daran, wie es jetzt gelingen kann. Das Urteil war sehr weitgehend, weitgehender, als auch die meisten Fachleute und wir es erwartet haben. Und jetzt geht es eben darum, wie wir die Gelder, die vorgesehen waren ... ich will vielleicht einmal kurz darauf hinweisen, was das für Gelder sind. Klima- und Transformationsfonds – das klingt ja für viele Leute sehr abstrakt. Da geht es zum Beispiel um die Unterstützung der Stahlindustrie. Da geht es insgesamt um die Unterstützung von energieintensiver Industrie hier in Deutschland beim Umbau, hin zu Klimaneutralität. Und damit geht es um die Frage: umbauen oder abbauen? Und wir erleben ein globales Wettrennen um den ersten klimaneutralen Wirtschaftsstandort. Und die Frage wird sein: Geht Deutschland als erstes durchs Ziel oder vielleicht als zweites oder werden wir abgehängt? Wenn wir nicht abgehängt werden wollen – und ich finde, für mich ist das klar, das können wir nicht wollen – dann müssen wir weiterhin schauen, wie wir diese Gelder zur Verfügung stellen.

Heinemann: In dem Zusammenhang kommentierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung in dieser Woche, ein bedeutender Teil der Zuschüsse aus dem Klima- und Transformationsfonds dient dazu, die Folgen einer Energiepolitik abzufedern, die allein auf Erneuerbare setzt und dadurch unnötig teuer ist. Frau Lang, wie sinnvoll ist es, falsche Politik zu subventionieren?

Lang: Aber genau das Gegenteil ist doch der Fall. Ein großer Teil der Gelder beruht darauf, dass wir uns abhängig gemacht haben von russischem Gas in der Vergangenheit, dass wir zugeschaut haben, wie zehntausende von Arbeitsplätzen der Solarindustrie nach China verlorengegangen sind, weil es immer das Prinzip gab, billig ist

am besten. Wenn am billigsten in China produziert wird, dann verschieben wir es dahin. Wenn russisches Gas am billigsten ist, dann kaufen wir eben das ein. Und genau dieses Prinzip hat uns im letzten Jahr gejagt und zu hohen Preisen für die Bürgerinnen und Bürger und für die Unternehmen geführt. Und weil der Umbau der Industrie auch von der Politik lange Zeit verschlafen wurde und deshalb jetzt umso schneller gehen müsste. Also, das, was wir gerade tun, ist den Scherbenhaufen aufzusammeln, den die Große Koalition hinterlassen hat mit ihrer Politik. Das Aussitzen mit ihrer Politik des Krisenverweigerens und mit ihrer Politik des Nichtausbaus der Erneuerbaren Energien. Wenn das nicht passiert wäre, hätte es uns viele Kosten erspart.

Heinemann: Preiswerte Energie lieferten zuletzt noch laufende Atomkraftwerke. Die wurden abgeschaltet. Frau Lang, wo werden Sie sparen?

Lang: Es gibt viele Möglichkeiten, was wir jetzt tun können. Also, es gäbe zum Beispiel die klimaschädlichen Subventionen, wo wir einiges abbauen könnten und damit Gelder reinholen. Es gibt auch Möglichkeiten, wie zum Beispiel Investitionsgesellschaften, die im Koalitionsvertrag und auch im Grundgesetz im Rahmen der Schuldenbremse vorgesehen sind, wo man die BImA oder die Deutsche Bahn mit Eigenmitteln ausstatten könnte, was an anderen Stellen den Haushalt entlastet. Und erst mal sind wir einen guten Schritt gegangen für dieses Jahr, dass die Schuldenbremse für das Jahr 2023 ausgesetzt wird.

Heinemann: Welche Notlage wollen Sie jetzt kurz vor Jahresende erfinden?

Lang: Wir werden keine Notlage erfinden, sondern wir haben uns auf eine Notlage verständigt, die ja real da ist. Ein Krieg in der Ukraine, der nicht geendet hat im letzten Jahr, auch, wenn er ...

Heinemann: Aber den gibt es schon seit Januar.

Lang: ... vielleicht in der deutschen Öffentlichkeit ein bisschen nach hinten gerückt ist.

Heinemann: Entschuldigung, Frau Lang, inwiefern verändert sich die Lage von November an, im Vergleich zu Januar bis Oktober?

Lang: Sie verändert sich dadurch, dass die Möglichkeiten, die wir geschaffen haben, um Gelder zur Verfügung zu stellen, die konkret aus dieser Situation notwendig geworden sind – nehmen wir das Thema Energiepreisbremse, darum geht es ja jetzt gerade beim Thema 2023 –, dass diese nicht mehr zur Verfügung stehen und jetzt dadurch sich tatsächlich ja auch eine Notlage ergibt. Und sie ergibt sich auch daraus, dass sich die außenpolitische Situation ja noch mal weiter angespannt hat, weil wir

nicht nur auf die Ukraine schauen, sondern jetzt auch auf Israel und Gaza mit vielen Implikationen übrigens, hin bis zu den Sicherheitsbehörden, wo vor, wenn ich es richtig im Kopf habe, drei Wochen noch der Bundesrechnungshof vor mangelnder Finanzierung gewarnt hat. Also, wir sehen durchaus eine Verschärfung auch noch mal in den letzten Monaten.

Heinemann: Welche höheren Kosten entstehen denn für den Nahostkrieg für Deutschland?

Lang: Einmal ist es natürlich eine Erhöhung der humanitären Hilfe, die wir vornehmen. Zweitens müssen wir hier schauen, wie wir unsere Sicherheitsbehörden gut ausstatten, die natürlich jetzt gerade noch mal besondere Anforderungen haben. Wie gesagt, das sage gar nicht nur ich, sondern das sagt auch der Bundesrechnungshof. Und insgesamt werden wir schauen müssen, wie sich die Weltordnung jetzt gerade prägt und was das auch an Notwendigkeiten für Deutschland, auch finanzieller Natur, mit sich bringen wird.

Heinemann: Schulden von heute sind Steuererhöhungen von morgen. Zu wessen Lasten?

Lang: Ich weiß nicht, von wem dieser Ausspruch kommt, aber ich würde sagen, es ist kein ökonomisch kluger. Ich würde es mal umdrehen: Nicht getätigte Investitionen von heute sind die Schulden der zukünftigen Generation. Die Schuldenbremse wurde ja eingeführt mit dem Argument der Generationengerechtigkeit, also eigentlich den Generationenvertrag mit Leben zu füllen. Die Jüngeren kümmern sich um die Älteren und die Älteren erhalten dabei Handlungsspielräume für die Jüngeren. Jetzt wird aber genau dieser Generationenvertrag durch die Schuldenbremse eigentlich konterkariert, denn er wird ja gebrochen, wenn die Jüngsten in die marodesten Schulen gehen. Er wird gebrochen, wenn Klimaschutz zur Seite geschoben wird. Er wird gebrochen, wenn unsere Infrastruktur kaputtgespart wird. Das heißt, eigentlich müssen wir eine neue Art von Generationenvertrag machen, wo wir sagen, die Älteren investieren in das, was Sicherheit und Freiheit für die Jüngeren bringt.

Heinemann: Frau Lang, laut ARD-Deutschlandtrend vom Oktober besteht für 44 Prozent der Befragten bei der Migrationspolitik wichtigster Handlungsbedarf. Das Thema Umweltschutz, Klimawandel spielt inzwischen eine deutlich geringere Rolle. Was folgt daraus für die Grünen?

Lang: Ehrlicherweise richte ich mich bei so was nicht einfach nur nach Umfragen, sondern vor allem nach der Realität. Und, ja, die Realität zeigt ja einen Handlungsbedarf, weshalb wir an vielen Stellen auch schon handeln. Ich will darauf hinweisen, dass zum Beispiel die MPK vor einigen Wochen beschlossen hat, dass die Kommunen jetzt finanziell besser unterstützt werden. Ein Schritt, den ich mir auch schon gut

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

vor einigen Monaten hätte vorstellen können. Wir waren die Einzigen lange Zeit, die es in der Regierung gefordert haben. Aber jetzt kommt es endlich. Arbeitsverbote, die gelockert werden, Verfahren, die beschleunigt werden. Denn tatsächlich haben wir einen Handlungsdruck. Wenn wir uns die Situation in vielen Kommunen anschauen, die teilweise an die Belastungsgrenze geraten, teilweise aber auch schon weit darüber hinaus sind. Ich würde mir aber wünschen und ich hoffe, dass das auch die migrationspolitische Debatte der nächsten Monate, noch mal stärker prägen wird, als es in der Vergangenheit der Fall war, dass wir dabei nicht immer nur darauf schauen, was am härtesten klingt, sondern wirklich darauf, was am meisten bringt.

Heinemann: Hohe irreguläre Migration plus grassierende Clan-Kriminalität ergibt Geert Wilders. Was lernen Sie aus der niederländischen Wahlgleichung?

Lang: Ich glaube, so einfach kann man es sich nicht machen. Ich glaube, ein Problem, das wir auch sehen in der Wahl in den Niederlanden, ist, dass wenn alle sich nur noch auf das Thema Migration fokussieren und es zu – da würde ich mal an der Stelle Horst Seehofer zitieren, ohne ihn in irgendeiner Weise mit Geert Wilders gleichsetzen zu wollen – aber zur Mutter aller Probleme macht, dann führt das zu einer gesellschaftlichen Stimmung, die unglaublich stark genutzt werden kann ...

Heinemann: Sollte man Themen verschweigen?

Lang: Nein, sondern man sollte Lösungen dafür bringen. Man sollte nicht dramatisieren, sondern die Wirklichkeit benennen, so, wie ich es gerade gesagt habe mit der Situation in den Kommunen und dann vor allem über Lösungen sprechen und nicht immer darüber, Ängste zu schüren, was, glaube ich, in der Situation in den Niederlanden sehr stark passiert ist.

Heinemann: Stichwort Lösungen. Wann wird denn die Anzahl der Asylanträge in Deutschland sinken?

Lang: Das kann ich Ihnen nicht ganz einfach sagen, da ja die Anzahl ...

Heinemann: Warum nicht?

Lang: ... erst mal von der internationalen Situation abhängt. Na ja, ein Beispiel: Ukraine-Krieg. Geht der Ukraine-Krieg weiter? Daran hängt doch der Großteil der ...

Heinemann: Das hat mit Asylanträgen nichts zu tun, wie Sie wissen.

Lang: Nein, natürlich hat das was damit zu tun. Der Großteil der Menschen, der im letzten Jahr hier zu uns hergekommen ist, der kommt aus der Ukraine. Die sind nicht hierhergekommen wegen Bürgergeld. Die sind nicht hierhergekommen, weil sie von

irgendwelchen Dingen gelockt werden. Die sind hergekommen, weil in der Ukraine Bomben fallen. Und das ist ihr gutes Recht, dass sie herkommen und es ist eine große Leistung von Deutschland, dass wir sie aufgenommen haben und übrigens auch eine große Leistung unserer Kommunen.

Heinemann: Die Menschen benötigen keinen Asylantrag, Frau Lang. Um die ging es jetzt gar nicht. Burkhard Jung – ich will es noch mal so herum versuchen – Vizepräsident ...

Lang: Ja, nehmen wir zwei andere Länder ...

Heinemann: ... des Deutschen Städtetages hat bei uns im Deutschlandfunk gesagt, alle Städte und Gemeinden seien überfordert. Das heißt, das Problem besteht jetzt. Wie wirkt es auf Bürgerinnen und Bürger, wenn die Politik sagt, wir können das jetzt nicht lösen?

Lang: Ich habe nicht gesagt, dass wir es nicht lösen können. Ich habe nur gesagt, wer falsche Versprechungen macht ..., wenn ich mich jetzt hinstellen könnte und Ihnen sagen, morgen werden die Asylanträge runtergehen, wenn ich nicht weiß, wie die internationale Situation sich entwickelt, wir können auch auf andere Länder gerne schauen. Afghanistan – sollen wir da plötzlich sagen, kein Asylantrag kann mehr gestellt werden? Wir haben die Genfer Flüchtlingskonvention. Wir haben ein Recht in Deutschland, das erst mal sagt, jeder Mensch hat das Recht, einen Antrag zu stellen, hat das Recht auf eine Prüfung. Was wir tun können und woran wir ja gerade arbeiten auf europäischer Ebene, ist dabei eine bessere Verteilung hinzubekommen. Gerade ist es so, dass sehr viele Menschen in Deutschland ankommen. Erstens, weil Italien ohne Screening, also ohne Erkennung, wer eigentlich hier ankommt, die Leute einfach durchlässt zu uns. Und zweitens, weil Länder wie Polen und Ungarn sich einfach komplett aus der Verantwortung rausnehmen. Wir arbeiten gerade daran, dass es einen Solidaritätsmechanismus gibt, einen ersten Schritt hin zu einem solidarischen Verteilmechanismus, wo endlich alle Länder in Europa in die Verantwortung genommen werden. Das würde zum Beispiel uns hier in Deutschland deutlich entlasten.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.